Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6697

14. 03. 90

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD
zur Beschlußempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)
— Drucksache 11/6642 —

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
Südafrika

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
Lage im südlichen Afrika

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
Verschärfte Repression in Südafrika

zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Südafrika
— Drucksachen 11/807, 11/1753, 11/2326, 11/870 —

Der Bundestag wolle beschließen:

‚Die Beschlußempfehlung erhält folgenden Wortlaut:

„Der Deutsche Bundestag begrüßt die Freilassung Nelson Mandelas und die Aufhebung des Verbots der südafrikanischen Befreiungsbewegungen sowie die Aufhebung der Beschränkungen für die Anti-Apartheid-Organisationen. Diese Entscheidungen sind ein wichtiger Schritt hin zur friedlichen Lösung der Konflikte zwischen Schwarz und Weiß.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Verurteilung des Systems der Apartheid. Es widerspricht den fundamentalen Menschenrechten. Dieses System kann nicht reformiert, es muß abgeschafft werden.

Nach wie vor wird die schwarze Bevölkerungsmehrheit in Südafrika mit politischen und militärischen Mitteln unterdrückt und auf allen Lebensgebieten benachteiligt.

Das System der Apartheid in Südafrika ist Ursache von Spannungen und Gewalt in der Region Südliches Afrika.

Die Apartheid ist nach wie vor intakt. Deshalb warnt der Deutsche Bundestag vor einer Lockerung oder Rücknahme des politischen und wirtschaftlichen Drucks auf Südafrika. Dieser Druck hat die südafrikanische Regierung zum Einlenken gezwungen. Er bleibt

notwendig, bis die weiße Regierung bereit ist, die Apartheid vollständig aufzugeben. Druck von außen ist auch notwendig, um die Dynamik des jetzt eingeleiteten Prozesses im Inneren zu beschleunigen.

Der Deutsche Bundestag tritt für Verhandlungen zwischen der Regierung und dem demokratischen Widerstand in Südafrika ein. Er bedauert, daß die südafrikanische Regierung immer noch nicht alle Voraussetzungen für den Beginn der Verhandlungen erfüllt hat. Ziel dieser Verhandlungen muß eine demokratische Verfassung sein, die allen Menschen in Südafrika gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte garantiert und auf der Grundlage freier, geheimer und allgemeiner Wahlen eine demokratisch legitimierte Regierung entstehen läßt.

Angesichts der immer noch bestehenden Apartheid fordert der Deutsche Bundestag von der südafrikanischen Regierung:

- Die Freilassung aller politischen Gefangenen;
- die vollständige Aufhebung des Ausnahmezustandes und aller anderen Gesetze und Bestimmungen, die eine normale demokratische Betätigung der Opposition behindern;
- die Herstellung der Pressefreiheit ohne Einschränkungen;
- den Abzug der Truppen aus den Wohngebieten der Schwarzen;
- die Aufgabe der Homeland-Politik;
- die Abschaffung aller Apartheidgesetze, insbesondere des Gesetzes über getrennte Wohngebiete, des Gesetzes über die Registrierung der Bevölkerung nach Rassenzugehörigkeit und des Gesetzes über die Trennung öffentlicher Einrichtungen.

Zur Überwindung der Konflikte im Südlichen Afrika hält der Deutsche Bundestag die Beendigung aller Destabilisierungsversuche Südafrikas gegenüber seinen Nachbarstaaten für unverzichtbar.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

- die Forderung nach Abschaffung der Apartheid mit Nachdruck gegenüber der südafrikanischen Regierung und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Vereinten Nationen zu vertreten;
- auf eine strikte Einhaltung der Sanktionen der Europäischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen zu achten und deren Lockerung bzw. Aufhebung erst zuzustimmen, wenn der Prozeß der Abschaffung der Apartheid unumkehrbar geworden ist;
- die strikte Einhaltung des Waffenembargos der Vereinten Nationen sicherzustellen und Verstöße durch bundesdeutsche Firmen aufzuklären;

– den politischen und wirtschaftlichen Druck gegenüber Südafrika zu verschärfen, falls der Demokratisierungsprozeß in Südafrika nicht zügig voranschreitet, fundamentale Menschenrechte weiterhin verletzt werden und sich die eingeleiteten Maßnahmen erneut als Doppelstrategie zwischen Reform und Repression erweisen, die die weiße Vorherrschaft erhalten sollen."'

Bonn, den 14. März 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333